

Bärbel Bohley

Schwierigkeiten mit der Vergangenheit



Seit dem Herbst '89 sind sieben Jahre vergangen. Die Stasi gibt es längst nicht mehr. Trotzdem findet man jeden Tag einen Artikel, mindestens eine kleine Notiz, in der Zeitung, der sich mit ihrem traurigen Erbe befaßt. Hier wurde wieder ein inoffizieller Mitarbeiter (IM) der Staatssicherheit entdeckt, da sind drei ehemalige DDR-Richter unverständlicherweise von der Anklage der Rechtsbeugung freigesprochen worden.

Während noch die Opfer von DDR-Unrecht und Willkür eine schnelle unbürokratische Haftentschädigung fordern oder ihren nach DDR-Rechtsmethoden enteigneten Besitz wiederbekommen wollen, bestimmen schon die ehemaligen, gut organisierten Täter und ihre Helfer das gesellschaftliche Klima. Wer sich nicht mit dem schnellen Vergessen abfinden will, wird von ihnen in den Stand eines Racheengels erhoben. Da sind sie sich einig, vom hauptamtlichen bis zum inoffiziellen Mitarbeiter. Nur daß jetzt der Rechtsstaat gelobt wird und die Gerechtigkeit in den Dreck gezogen werden soll: Ach ja, möge uns der liebe Gott den Rechtsstaat erhalten und uns vor Bärbel Bohleys Gerechtigkeit schützen (Monika Maron). Es scheint, als wolle uns noch nach ihrem Untergang die DDR und ihr Staatssicherheitsdienst das Leben verderben.

Neulich war ich in einer Düsseldorfer Schule und habe mit sechs- bis achtzehnjährigen Jugendlichen über das Leben in der DDR gesprochen. Eingangs wurde ein Film gezeigt, in dem drei Jugendliche, die im Sommer '89 über die Oder nach Polen geschwommen sind und dabei von der polnischen Grenzpolizei geschnappt wurden, über ihre Motive sprachen, die sie bewegten aus der DDR zu flüchten, um über diesen Umweg in den Westen zu kommen. Sie rechneten alle drei mit ihrer Rückführung in die DDR, was bedeutet hätte, daß sie mindestens zu eineinhalb Jahren Gefängnishaft verurteilt worden wären. Ihre Hände zitterten. Sie waren sehr erregt. Einer von ihnen wischte sich die Tränen aus dem Gesicht. Angst ließ ihnen die Stimme zittern.

Die Düsseldorfer Schüler schwiegen beklommen. In der späteren Diskussion kamen wir natürlich auch auf die staatliche Willkür in der

DDR zu sprechen. Ein Mädchen war 1984 als Elfjährige mit ihren Eltern aus der DDR in die Bundesrepublik gekommen. Ihre in Dresden verbrachte Kindheit war ihr als sehr schön in Erinnerung. Das Leben in der Schule war interessant und behütet gewesen. Man hatte alles zusammen gemacht: Klassenfahrten, Wandertage, Pioniernachmittage. So schlimm seien die auch nicht gewesen. Meinen Einwand, ja, aber wenn man nun nicht in der Pionierorganisation gewesen ist, ist man ausgegrenzt worden; wenn man nicht alles mitmachen wollte, dann war es doch gar nicht so einfach, sich dagegen zu behaupten, bestätigte sie nachdenklich. Na, eigentlich waren doch alle in den Pionieren, antwortete sie, aber es stimmt, wenn man etwas nicht mitmachen wollte, war man draußen. Und als ihre Eltern einen Ausreiseantrag gestellt hatten, hat sie das schon in der Schule zu spüren bekommen. Ihre Eltern haben damals auch nicht mehr alles mit ihr besprochen, denn sie befürchteten, daß sie etwas von diesen Gesprächen in der Schule ausplaudern könnte.

So geht es heute vielen Menschen, nicht nur den jungen. Sie haben sehr schnell vergessen, wie das Leben tatsächlich in der DDR war. Wie werden wohl heute die drei Jugendlichen, die im Sommer '89 über die Oder geschwommen sind, ihr Leben in der DDR beschreiben? Ob sie auch alles in einem rosigen Licht sehen?

Warum werden negative Fakten so schnell vergessen? Fast scheint es als wäre erst Gefängnishaft ein unauslöschlicher Eindruck und als hätte sich Unterdrückung, geistige Enge, Bevormundung und Unfreiheit, der ganze staatliche Druck nur wenigen ins Gedächtnis geschrieben. In Wirklichkeit sind wir davon alle geprägt und sind selbst geistig eng geworden, wenig tolerant, unfrei. Wir haben die staatlich verordneten Feindbilder verinnerlicht und merken es meistens nicht einmal.

Nur Gefängnishaft läßt zumeist das untergegangene System, auch heute noch, in seiner ganzen Härte den Betroffenen lebendig bleiben. Sie haben nichts vergessen, sie spüren immer noch ihr damaliges Ausgeliefertsein an die Institutionen der staatlichen Macht, an einzelne Menschen, die, aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Machtapparat der SED, oft ungehinderte Scheusale waren. Der Vernehmer und die nächtlichen Stunden in der Untersuchungshaftanstalt des MfS in Berlin-Hohenschönhausen, die Schließer in den Gefängnissen, die Demütigung beim Gang zur Toilette, die mit Glasbausteinen vermauerten

Fenster, das nächtliche Lichteinschalten, sind immer noch nicht vergessen. Die Willkür der Vertreter des DDR-Systems hat Spuren hinterlassen. Deshalb kann man die Erniedrigung und die Beleidigungen nicht vergessen.

Heute aber stoßen gerade diejenigen, die nicht vergessen, weil sie nicht vergessen können, auf sehr viel Unverständnis in der bundesdeutschen Gesellschaft. Kaum jemand will ihre Geschichten hören, denn es sind keine lustigen Geschichten, die sie erzählen.

Außerdem führen sie anderen ihre damalige Unterordnung und Anpassung vor Augen. Wer möchte schon daran erinnert werden, daß er die Selbstzensur verinnerlicht hatte. Daß er manchmal weggeschaut hat, wenn er offenkundiges Unrecht sah. Daß er geglaubt hat, daß man so ganz unschuldig wohl doch nicht ins Gefängnis kommen kann, wenn er von einer Verhaftung hörte; daß diejenigen, die in ihrem Beruf nicht mehr arbeiten konnten, weil sie in Widerspruch zur herrschenden Ideologie geraten waren, wohl in Wirklichkeit nur nicht arbeiten wollten und daß diejenigen, die ausreisten, weil sie die Unfreiheit satt 1 hatten, wohl doch eigentlich nur den besseren Lebensstandard gewählt haben

Heute wird wieder weggehört und weggesehen. Denn es ist viel interessanter, wenn der ehemalige Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit, Markus Wolf, einen Empfang im Gropiusbau gibt, um sein neuestes Kochbuch vorzustellen und Pelmeni auszuteilen. Plaudernd, als wäre er nichts weiter als der gut bürgerliche Sohn des Schriftstellers und Dramatikers Wolf gewesen.

Oder der pffiffige Moderator Lutz Bertram, der so beliebt war, daß I er sich sogar für unentbehrlich hielt beim brandenburgischen Rundfunk. Er wagte es, zu sagen, er habe sich erst einmal mit seinem Führungsoffizier besprochen, ehe er sich nach seiner Enttarnung einer öffentlichen Diskussion über seine Stasitätigkeit stellte. Das hat ihm die Öffentlichkeit nun doch nicht verziehen. Sie ließ ihn zwar auch leben, aber war der Meinung, daß er als Moderator nicht mehr tragbar sei. Jetzt ist er da gelandet, wo er wohl immer hingehört hat, in per PDS.

Aber vermutlich ist er nur ein kleiner Fisch gewesen. Die größeren sitzen schon längst an den neuen Schaltstellen der Gesellschaft, mit und ohne Parteibuch. Oder sie verquirlen der Öffentlichkeit in den unterschiedlichsten Fernsehrunden das Gehirn mit Phrasen, wie

„Kolonialmacht“, „Benachteiligung“, „Menschenrechtsverletzungen“, „Berufsverbote“, „Siegerjustiz“, „Rentenstrafrecht“. Alle hören geduldig zu. In den Parteien macht man sich Gedanken, wie den Armen zu helfen ist. Weg mit den Kappungsgrenzen für systemnahe Verantwortungsträger, endlich muß ein Schlußstrich gemacht werden, wenn es schon keine Amnestie gibt, dann brauchen wir wenigstens ein Straffreiheitsgesetz.

Inzwischen sitzen die anderen seelenruhig in den neuen Verwaltungen, Vereinen, Verbänden, Parlamenten. Sie machen sogar insgeheim Regierungspolitik wie in Sachsen-Anhalt, obwohl ein PDS-Mitglied laut äußert, daß er nichts, was er zu DDR-Zeiten getan hat, bereue. Nur, daß er 1989 nicht härter durchgegriffen habe. Und was das bedeutet hätte, können sich zumindest alle die vorstellen, die im Ernstfall für die Isolierungslager vorgesehen waren. Aber sonst kein Aufschrei in der Öffentlichkeit. Im Gegenteil, seelenruhig kann er verkünden, daß in seinem Wahlkreis noch hundertfünfzig andere hinter ihm ständen, die genauso dächten wie er.

Und die ganz großen Fische? Selbst wenn es einem gelungen ist, am Tegernsee an die Angel genommen zu werden und einem anderen, einen Ministerpräsidentensessel zu erklimmen, so ist doch noch unbekannt, in welchen Gewässern sich die anderen herumtreiben. Trüb sind sie allemal.

Die Gesellschaft schweigt und schaut am Ufer zu, wo und wann vielleicht einer auftaucht. Sie wartet inzwischen gelangweilt auf den nächsten Haifisch. Inzwischen soll die Justiz, die in die hehre Rolle gekommen ist, das SED-Unrecht aufzuarbeiten, ihre Arbeit tun. Leider schafft sie das diesmal genauso wenig wie nach 1945, wenn es kein öffentliches Interesse an ihrer Arbeit gibt. Auch damals waren die Gerichtssäle nur selten gefüllt und die wenigen Juristen, die sich dem Problem der NS-Aufarbeitung gestellt hatten, saßen allein vor riesigen Aktenbergen. Von vielen Kollegen belächelt oder bekämpft und von der Politik kaum unterstützt. Auch da hat die Gesellschaft insgesamt jämmerlich versagt und wäre ihr nicht das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal zu Hilfe gekommen, würden wohl heute noch ganz andere Verbrecher jeden Monat auf ihre Rente warten. Wenigstens damals hat man sich einmal entschieden, Verbrecher und Massenmörder zur Verantwortung zu ziehen und den Grundsatz zu durchbrechen, was einmal Recht war, darf immer Recht bleiben; sondern: „Recht“, das

Unrecht war, muß bestraft werden. Wie viele Überlebende der Vernichtungslager, der Gefängnisse, der Emigration mögen damals aufgeatmet haben, daß wenigstens einige Massenmörder hinter Gittern saßen, sich vor Gericht öffentlich für ihre Verbrechen verantworten mußten und zum Tode verurteilt wurden.

Aber diesmal ist ja nicht soviel sichtbares Unrecht geschehen. Ein Genozid hat nicht stattgefunden, obwohl die 60 Millionen Opfer des Stalinismus, zu deren System die DDR gehörte, auch nicht unterschlagen werden dürfen. Allerdings währte das totalitäre Herrschaftssystem Stalins und seiner Kinder so lange, bis die Massenmorde seiner Erbauer schon längst verjährt waren. Später arbeitete es diffiziler, mit Maßnahmeplänen und Zersetzungsstrategien. Das konnte es sich auch leisten. Denn die Menschen waren schon so funktionalisiert, daß sie die beste Methode, mit der sich Herrschende ihre Macht durch das Volk festigen lassen können, freiwillig ausübten, nämlich durch die totale Selbstzensur der Beherrschten. Da zitterten den Jugendlichen im Sommer '89 noch die Hände, als es schon gar nichts mehr gab, vor dem man hätte zittern müssen. Der Kaiser war schon längst nackt, da sahen ihn alle noch mit den Insignien der Macht.

Die Enkel der Erbauer des in allen Farben schillernden Systems konnten es selbst kaum begreifen, daß ihnen so wenig tatsächlicher politischer Widerstand entgegengebracht wurde; durch Unterwanderung der wenigen Oppositionsgruppen begannen sie diesen Widerstand selbst mit zu organisieren. Wo kein Feind war, wurde einer produziert. Die kleinen Widerstandsgruppen wurden aufgefüllt mit inoffiziellen Mitarbeitern. Diese aber mußten auch überwacht werden, denn es sprang immer mal wieder einer hinüber ins andere Lager, auch wenn er meist mit einem Bein im alten hängen blieb. Das war natürlich in der Zeit nach '89 für die in die PDS umgewandelte SED sehr vorteilhaft. Sie konnte etliche abgesprungene Kandidaten am Gängelband der alten Ideologie und ihrer Feindbilder, etwas garniert mit grünen oder bürgerbewegten Forderungen, wie z.B. „Schwerter zu Pflugscharen“, „die Waffen nieder“ oder „ wir wollen nicht regieren, wir wollen verändern“ wieder ins alte Lager zurückziehen. So sitzen jetzt Zwerenz, Heym und andere wieder im selben ideologischen Boot und fühlen sich ungleich verjüngt durch die Aufnahme im neugestrichenen Kahn.

Der im Einigungsvertrag ausgehandelte Punkt, daß DDR-Recht bei der Ahndung von SED-Unrecht anzuwenden sei, läßt die Täter

Gott danken, daß es den Rechtsstaat und das Rückwirkungsgebot gibt. Deshalb ist ihnen in der Regel freies Geleit aus dem Gerichtssaal sicher. Denn so rechtsbewußt war die DDR, daß sie jedes Unrecht, das sie praktizierte, wenigstens nachträglich in Gesetze faßte. Daraus werden alle folgenden Diktaturen lernen und nicht den Fehler machen, Unrecht ohne gesetzliche Grundlage zu begehen.

Die nach Freiheit und Unabhängigkeit strebenden Bewegungen, wie Solidarnosc in Polen und der Prager Frühling in der Tschechoslowakei wurden gehaßt und bekämpft. Die Folge für das eigene Volk war nicht mehr Freiheit, sondern mehr Repression. Noch dichter wurde auch die Abschottung nach Osten. Hunderte von Sympathisanten wurden eingesperrt, zum Teil vertrieben. Alles ungestraft?

Man kann ein Volk 28 Jahre einsperren, Menschen an der Grenze erschießen, kann es wirtschaftlich aussaugen, fünfunddreißigtausend politische Häftlinge produzieren und sie anschließend verkaufen, kann die Lüge zum System erheben, drei Millionen Menschen durch seine Politik vertreiben, Menschen den Mund verbieten, jeden eigenen Gedanken bestrafen, ihnen jede Zivilcourage austreiben, in freiwillig nicht gewollte Organisationen treiben, eine wissenschaftliche Weltanschauung aufzwingen, ihnen jede Selbständigkeit rauben, sie „zersetzen“ und zu gespaltenen Persönlichkeiten erziehen, untauglich für ein freies, selbstbestimmtes Leben, - das alles bleibt unbestraft, wenn man sich nur rechtzeitig die richtigen Gesetze macht.

Verantwortliche sind zwar zu finden, aber schwer zur Rechenschaft zu ziehen. Die heutige Justiz wäscht ihre Hände in Unschuld, steht sie doch in der Pflicht, das Rückwirkungsgebot, das Rückgrat des Rechtsstaates, zu achten: Niemand darf für etwas bestraft werden, was zur Zeit der strafbaren Handlung nicht strafbar gewesen ist.

Dabei ist gerade dieses Rückwirkungsverbot elementar durch den bundesdeutschen Rechtsstaat verletzt worden, indem durch den Einigungsvertrag das politische Recht der DDR nachträglich als rechtsstaatliches Recht sanktioniert wurde. Jeder DDR-Bürger wußte, daß alle Gesetze im Land nur gemacht wurden, um die Macht der SED von oben nach unten durchzusetzen und das Volk zu beherrschen. Die Gesetze wurden nicht gemacht, damit sich auch der einzelne Bürger schützen konnte, sondern nur, um ihn in den Griff zu bekommen und die eigene Macht zu festigen. Insofern hatten alle Gesetze und Durchführungsbestimmungen in der DDR einen politischen Hinter-

grund. Niemand konnte sich mit Hilfe des Rechts gegen die da „oben“ wehren, die sogenannten Gummiparagrafen waren der höchste Ausdruck für die Willkür der SED. Denn mit ihrer Hilfe konnte jeder Andersdenkende zu einem Staatsfeind erklärt werden, wenn es in das Machtkalkül des Staates paßte.

Es wurde versäumt, alle DDR-Gesetze außer Kraft zu setzen, die einen eindeutigen politischen Hintergrund haben, und sie durch bundesdeutsches Recht zu ersetzen. Sich heute auf das Rückwirkungsgebot zu berufen, ist deshalb mehr als eine fadenscheinige Ausrede für die Unlust vieler westdeutscher Juristen, sich mit dem SED-Unrecht auseinanderzusetzen. Gerade Juristen, die angeblich aus der 68er Bewegung hervorgegangen sind, berufen sich besonders gern darauf. Aber gehören sie wirklich zu denen, die damals gegen falsche Autoritäten und Bevormundung angetreten sind? Denn sie benutzen heute gleichzeitig die mangelhafte strafrechtliche Aufarbeitung von NS-Unrecht nach 1945 in Westdeutschland als Argument, um sich auf die Seite der Täter von SED-Unrecht zu schlagen. Sie fordern Straffreiheit für diese, weil auch viele NS-Täter straffrei blieben.

Natürlich können, dank des Rückwirkungsgebotes und des Einigungsvertrages, auch die Politiker guten Gewissens zu Bett gehen, denn auch sie verteidigen den Rechtsstaat und sein höchstes Gebot.

Letzten Endes soll das Volk wieder selbst schuld sein an den Schwierigkeiten bei der Aufarbeitung von SED-Unrecht. Wie oft hört man das Argument, daß ja das Volk sein Recht auf Selbstjustiz hätte wahrnehmen können und auch sollen. Die jetzige Hilflosigkeit des Rechtsstaates gegenüber dem SED-Unrecht sei der Preis für die gewaltfreie Revolution des Herbstes '89. Was wäre uns alles erspart geblieben, wenn es diese Selbstjustiz gegeben hätte, heißt es. Erich Mielke an eine Linde und Erich Honecker an eine Eiche! Für den einen oder anderen hätte sich auch noch ein Bäumchen oder eine Laterne gefunden! Dann könnten wir jetzt, unbeschwert von unserer Vergangenheit, an die Aufbauarbeit gehen.

Dabei war die Entscheidung für Gewaltlosigkeit nicht eine aus Schwäche, sondern sie war eine klare Entscheidung gegen Gewalt. Denn diese hatten wir zu lange kennengelernt! Wer sich in Richtung Demokratie bewegen wollte, mußte sich von der Gewalt verabschieden. Außerdem stand die sowjetische Armee noch im Land Gewehr bei Fuß und das eigene Militär war in Alarmbereitschaft.

Die Frage, was aber wäre mit denen nach der Wiedervereinigung geschehen, die von dem Recht auf Selbstjustiz Gebrauch gemacht hätten, wird nicht ehrlich beantwortet. Es wird zwar behauptet, sie wären straffrei ausgegangen, aber wahrscheinlich würden etliche heute hinter Gittern sitzen. Denn nicht mal darüber, wie Widerstand in einer Diktatur ausgeübt werden kann, gibt es eine gemeinsame Auffassung in der Gesellschaft, sonst würden die Deserteure des Zweiten Weltkrieges schon längst gesellschaftliche Anerkennung genießen. Auch wäre der alte Mann, der sich am 17. Juni 1953 in Halle an der Besetzung des Roten Ochsen beteiligt hat, sofort rehabilitiert worden. Ein Richter aus den alten Bundesländern sagte indes zu ihm, daß dies auch im Westen eine strafbare Handlung gewesen sei. Allerdings wären vier Jahre Gefängnis eine zu hohe Haftstrafe gewesen, im Westen hätte er nur zwei Jahre bekommen. So wurde er noch einmal nachträglich verurteilt von Juristen, die über 35 Jahre den 17. Juni als Tag der deutschen Einheit gefeiert hatten.

Nein, so einfach ist das nicht. Die Ceausescu-Lösung wäre auch in der DDR keine Lösung gewesen. Man rettet eine zermürbte und demoralisierte Gesellschaft nicht, indem man ihr den Kopf abschlägt und ihn zertritt. Dazu hatte das totalitäre System uns allen schon viel zu sehr seinen Stempel aufgedrückt, und es ist von viel zu vielen mitgetragen worden. Die harte Schale der Gesellschaft muß anders geknackt werden. Rumänien ist ein Beispiel dafür, daß es so nicht geht. Bestraft wurde nur einer samt Gattin, aber verantwortlich waren viele. Zu viele Ratten sind noch da. Sie sitzen auf den Stühlen der Macht. Nicht einmal ein Erkennungszeichen haben sie angeheftet bekommen. Wie gut jedoch ihr gestörtes Rechtsbewußtsein funktioniert, beweist allein die Tatsache, daß nach neuesten Parlamentsbeschlüssen die Akten der Securitate sechzig Jahre geschlossen bleiben sollen. Von daher kann man sich leicht ausrechnen, wie alt die jüngsten Täter sind.

Daß die DDR gewaltfrei beseitigt wurde, sollten wir nicht bedauern. Gerade auf die Gewaltfreiheit der Herbstrevolution können alle stolz sein, denn sie ist letztendlich das gemeinschaftliche Werk der Bürgerbewegung und abwägenden Politikern in Ost und West. Deshalb muß auch die Aufarbeitung des SED-Unrechts die Aufgabe der ganzen Gesellschaft sein. Denn nur sie, einschließlich ihrer Politiker und Juristen, kann diese Aufgabe leisten.

Was aber bedeutet das heute?

Die Anatomie der Diktatur muß kenntlich gemacht und ihre Strukturen aufgedeckt werden. Sie muß bis in den letzten Winkel hinein durchleuchtet werden.

Dann müssen die eindeutigen Opfer der SED-Diktatur entschädigt werden, bevor man sich Gedanken um das Wohl der Täter macht. Da darf es kein Feilschen geben, weil einige Gruppen bei der entsprechenden Gesetzgebung einfach vergessen wurden. Erinnerung sei hier an die vielen unschuldigen Frauen und Mädchen, die nach dem Kriege aus den östlichen Landschaften nach Sibirien und in andere sowjetische Zwangslager verschleppt wurden. Die Opfer sind meist stumm, und wer sich für sie einsetzt, wird als Scharfrichter oder Berufsoffer diffamiert. Dabei brauchen gerade die Opfer von Gewalt und Willkür Hilfe. Sie wurden so kaputtgemacht, daß sie oft ihre eigenen Rechte nicht mehr wahrnehmen können. Sie brauchen eine Lobby. Leider haben sie nur eine sehr kleine, und die hat keinen besonderen Einfluß. Eigentlich müßte sich vor allem die 68er Juristen dieser Aufgabe annehmen, denn Vertreter dieser Generation waren es, die keine Beschäftigung von Nazi-Belasteten mehr im öffentlichen Dienst wollten, die Pensionen für die alten NS-Richter und deren Witwen ablehnten. Heute setzen sie sich besonders für die Freisprechung derjenigen ein, die in der DDR für große und kleine Verbrechen verantwortlich waren. Sind sie inzwischen durch ihr Wohlstandsdasein so korrumpiert, daß sie Hindernisse scheuen, denn Widerstand gibt es genug bei der Aufarbeitung politischen Terrors. Sind ihnen vielleicht durch ihre Honorare und ihren Stand in der Gesellschaft die gestrigen Maßstäbe abhanden gekommen? Oder ist es wirklich so, daß sie sich von ihrer alten Überzeugung, daß die DDR doch eine kleine Alternative zur Bundesrepublik war, nicht verabschieden können?

In Deutschland haben wir zwei Diktaturen in diesem Jahrhundert erlebt. Die eine folgte der nächsten. Es gibt sie nicht mehr, aber in den Menschen leben sie fort.

Wenn Menschen so schnell bereit sind zu Anpassung, Verrat, Machtmißbrauch und Gewalt gegen andere, bis hin zu Mord und Ausrottung, müssen wir uns alle verantwortlich fühlen für die Bändigung dieser negativen Kräfte in uns. Selbst wenn die strafrechtliche Verfolgung von SED-Unrecht konsequenter erfolgen würde, so könnte sie doch nur ein Bruchteil des Problems bewältigen. Aber ein wichtiges. Es müssen Zeichen gesetzt werden, daß diese vernichtenden Kräfte

sich nicht ungestraft entfalten können. Gerade wir Deutschen haben genügend Erfahrungen mit Diktaturen gemacht. Wir könnten jetzt beweisen, daß man aus der Geschichte auch lernen kann.

Ich sehe schon neue Diktaturen! Aber auch eine Ökodiktatur bleibt eine Diktatur. Ich ahne, daß die Menschen nicht aussterben, die andere gleichschalten und völlig beherrschen wollen, sei es um angeblicher Gleichheit willen, der guten Luft oder anderer erhabener Ideale wegen. Wir müßten deshalb eine internationale Initiative entwickeln, damit totalitäre Diktaturen verhindert und ihre Urheber bestraft werden. Wer Lust hat auf die totale Unterwerfung von Menschen, muß sich künftig gewiß sein, daß Diktatoren und ihre Helfershelfer keine Gnade finden werden, sondern durch eine internationale Rechtssprechung zur Verantwortung gezogen werden.

Dies wäre ein guter Beitrag, den die Deutschen aus ihrer neuen, größeren Verantwortung heraus für die Welt leisten könnten.